



## Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Herr Kaune

Telefon: (0221) 221-24831

Fax: (0221) 221-26500

E-Mail: volker.kaune@stadt-koeln.de

Datum: 10.12.2013

### Niederschrift

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 05.11.2013, 17:08 Uhr bis 17:54 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Bitte beachten Sie die Raumänderung.

### Anwesend waren:

#### Vorsitzende

Frau Cornelia Schmerbach SPD

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Frau Katrin Barion	GRÜNE
Herr Stefan Peil	GRÜNE
Frau Bettina Houben	FDP

#### Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Jana Schiele	Pro Köln
Frau Uschi Röhrig	Die Linke.Köln

#### Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Hartmut Steffens	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Jürgen Zastrow	CDU ab 17:22 Uhr
Herr Thomas Eichmüller	auf Vorschlag der Grünen

#### Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Brunelli	GOL ab 17:32 Uhr
Herr Dr. Martin Theisohn	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-  
Rhein-Erftkreis

### **Verwaltung**

Frau Dr. Anne Bunte

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Herr Tobias Käufer

Frau Birgit Kläser

Herr Stephan Neuhoff

Frau Beigeordnete Henriette Reker

Herr Bernd Rosenberger

### **Schriftführer**

Herr Volker Kaune

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Sven Kaske

auf Vorschlag der SPD-Fraktion

Herr Robert Gaida

auf Vorschlag der FDP

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Michaela Diers

AIDS-Hilfe Köln e.V.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Gesundheitsausschusses.

Sie erläutert, dass sich Herr Paetzold in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Städtischen Kliniken noch in der Eingangshalle des Spanischen Baus befindet, da es dort eine Demonstration zur Frage der Reinigung in den Städtischen Kliniken gibt. Die Demonstranten wollten eigentlich in der Sitzung ihr Anliegen vortragen, es sei aber sinnvoll, wenn der Aufsichtsratsvorsitzende der Kliniken der Stadt Köln gGmbH direkt Rede und Antwort stehe.

Änderungswünsche oder Anregungen zur Tagesordnung gibt es nicht. Somit wird die Tagesordnung inklusive der Nachtragstagesordnung wie folgt festgelegt:

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

2.1 Anfrage aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 11.06.2013 über die Inanspruchnahme von Angeboten der Winterhilfe durch ältere Menschen 3225/2013

#### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **5 Beschlussvorlagen**

5.1 Beschaffungsprogramm für die Fahrzeuge des Rettungsdienstes 2013 2904/2013

5.2 Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln 2594/2013

5.3 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz 3284/2013

5.4 Unterstützung der "Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland" 3333/2013

#### **6 Mitteilungen**

6.1 Mündliche Mitteilung der Verwaltung zur Informationsveranstaltung "Zuwanderung aus Südosteuropa" am 04.11.2013

6.2 Überprüfung der städtischen Mitgliedschaften 3182/2013

6.3 Angebote der Winterhilfe durch das Amt für Soziales und Senioren 2013/2014 3410/2013

**7 Mündliche Anfragen**

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**8 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

**9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**11 Beschlussvorlagen**

**12 Mitteilungen**

**13 Mündliche Anfragen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

keine

### **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

#### **2.1 Anfrage aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 11.06.2013 über die Inanspruchnahme von Angeboten der Winterhilfe durch ältere Menschen 3225/2013**

SE Herr Dr. Theisohn bedankt sich für die ausführliche Beantwortung der Anfrage. Er empfindet es als zufriedenstellend, dass ältere Menschen hier offensichtlich weniger betroffen seien.

### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Keine

### **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Keine

### **5 Beschlussvorlagen**

#### **5.1 Beschaffungsprogramm für die Fahrzeuge des Rettungsdienstes 2013 2904/2013**

#### **Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss ist mit dem Beschaffungsprogramm 2013 für die Fahrzeuge des Rettungsdienstes (Anlage 1) einverstanden.

Der Gesundheitsausschuss verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu treffen.

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 415.000 € im Haushaltsjahr 2013 und die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 193.000 € im Haushaltsjahr 2014 im Teilfinanzplan 0212 -Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst-, bei Teilfinanzplanzeile 9 -Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 3703-0212-0-0100, Kraftfahrzeuge zur Beschaffung der in der Anlage aufgeführten Fahrzeuge.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **5.2 Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln 2594/2013**

RM Herr Dr. Strahl bittet darum, die Vorlage zu schieben, da aufgrund der Herbstferien nicht genügend Zeit gewesen sei, sich ausführlich mit der Vorlage zu beschäftigen.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach befürwortet diesen Vorschlag, möchte aber den Ausschussmitgliedern Gelegenheit geben, Fragen zu stellen, die von der anwesenden Vertreterin der Bauverwaltung, Frau Kläser, beantwortet werden können. Die weitere Behandlung der Vorlage erfolge dann in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses.

SB Frau Houben bedankt sich für die ausführliche Darstellung dieses ambitionierten Projektes und fragt nach den Unterschieden der verschiedenen Toilettenstandards, durch die unterschiedliche Kosten entstehen. Ihre Zielsetzung liege darin, das durch einfacheren Standard eingesparte Geld in zusätzliche Reinigungsleistung zu investieren.

Frau Kläser führt aus, dass die verschiedenen Preisstandards in der Art der Außenfassade oder in der Anzahl der Räume (Einraum- oder Zweiraumtoiletten) begründet sei. Die Mindestanforderungen etwa an Barrierefreiheit und ausreichenden Platzbedarf seien überall gleich. Auch die Reinigungsleistung sei identisch. Die Anforderungen beinhalten eine automatische Reinigung nach jeder Benutzung sowie eine Sonderreinigung, je nachdem wie oft die Toiletten frequentiert werden. Dies reicht von einmal bis mehrmals täglich. Genaueres könne erst dann mitgeteilt werden, wenn die zuständigen Gremien dieses Konzept beschlossen haben und mit eventuellen Anbietern über konkrete Daten gesprochen werden kann.

Frau Kläser betont, dass bereits im Vorfeld der Erstellung dieses Strategiepapiers und auch nach einem Beschluss eng mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zusammengearbeitet werde.

RM Herr Paetzold fragt nach der Zusammenarbeit zwischen den Abfallwirtschaftsbetrieben Köln (AWB) und der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung (KGAB).

Frau Kläser erläutert, dass die KGAB zurzeit in einer Stein-auf-Stein-Toilette (Venloer Str. / Gürtel) eingesetzt wird und im Sommer die mobilen Toilettenanlagen im Grüngürtel und am Fühlinger See betreibt. Genauere Auskünfte zur zukünftigen Zusammenarbeit können erst nach Verabschiedung des Konzeptes gegeben werden.

RM Herr Paetzold fragt, ob daran gedacht sei, die Toiletten mit den Hinweisen zur Nutzbarkeit auch durch Menschen mit Behinderungen in einem Kartenwerk zu verzeichnen oder auch die Toiletten in einer App zu verzeichnen.

Frau Kläser teilt mit, dass es in der Verwaltung schon Gespräche über die Umsetzung der Idee einer App gegeben hat, in der alle öffentlich zugänglichen Toiletten mit Angabe der Kategorie (z.B. behindertengerecht) und der Öffnungszeiten mobil abrufbar sein sollen.

RM Herr Dr. Strahl erkundigt sich nach den im Konzept angesprochenen europarechtlichen Konsequenzen, der Finanzierung über die Kulturförderabgabe und der Überprüfung der Preisentwicklung nach 3 Jahren und der dann eventuell notwendigen Anpassung der Preise.

Von Frau Kläser wird ausgeführt, dass die europarechtlichen Konsequenzen juristisch geprüft worden seien.

Die Finanzierung der 3 zusätzlichen Toiletten aus der Kulturförderabgabe gelte nur für die Jahre 2013 und 2014 und solle eine reine Anspornfinanzierung sein.

Der Preisindex müsse spätestens nach 3 Jahren überprüft werden, um die bei der Umsetzung des Konzeptes ab 2015 geltenden Preise berücksichtigen zu können. Zu diesem Zeitpunkt werde dann ein Zwischenbericht erstellt, in dem über eventuelle Änderungen berichtet wird. Dieser Bericht durchliefe dann auch die zuständigen Gremien.

RM Frau Gärtner fragt, ob die auf Seite 4 und 5 genannten Kosten reine Betriebskosten seien oder ob dort auch Investitionskosten enthalten seien.

Nach Auskunft von Frau Kläser handele es sich ausschließlich um die anfallenden Betriebskosten.

SE Herr Dr. Theisohn begrüßt das Konzept im Namen der Senioren und fragt an, ob es eine Auflistung der im Konzept erwähnten „Netten Toiletten“ gebe.

Auch die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach unterstützt die Idee der „Netten Toilette“, da die Bürgerinnen und Bürger in vielen Fällen lieber eine „Nette Toilette“ in einer Gaststätte oder in einem Café aufsuchen würden als eine öffentliche Toilette zu nutzen. Sie spricht auch den Kostenfaktor an, da eine „Nette Toilette“ günstiger sei, als eine öffentliche Toilette. Auch sie würde zur nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses eine Liste der öffentlichen Toiletten und der „Netten Toiletten“ begrüßen, die auch erkennen lässt, welche bereits im Bestand sind, welche neu sind und welche in Planung sind.

SE Herr Dr. Zastrow fragt nach den sehr unterschiedlichen Kosten für die „Netten Toilette“ und die anderen öffentlichen Toilettenanlagen.

Frau Kläser erläutert das Konzept der „Netten Toilette“ (oder wie diese dann in Köln heißen werde: „Happy Toilet“). Es gebe eine Reihe von Geschäftsleuten, die ihre vorhandenen Toilettenanlagen für Benutzer öffnen, ohne dass diese, falls es sich um eine Gaststätte handelt, dort etwas verzehren müssen. Dafür erhalten diese einen Zuschuss für die Reinigung der stärker frequentierten Toilette in Höhe von 600,00 € pro Jahr für eine normale Toilette und von 1.800,00 € pro Jahr für eine behindertengerechte Toilette. Obwohl es sich nur um einen Zuschuss handele, der die tatsächlich anfallenden Betriebskosten nicht decken kann, gebe es eine Reihe von Interessenten, die davon ausgehen, dass ihre Betriebe nicht zuletzt durch die erwähnte App bekannter werden. Andere, gerade auch touristisch interessante Städte wie Heidelberg, haben hier gute Erfahrungen gemacht.

SE Herr Dr. Zastrow befürchtet nach einer Diskussion in der Kassenärztlichen Vereinigung, dass bei dieser Zuschusshöhe eine Reihe von Interessenten abspringt, da die Summe nicht kostendeckend sei.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bedankt sich für die Ausführungen und weist darauf hin dass dieses Thema in der nächsten Ausschusssitzung erneut besprochen werde.

### **Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss schiebt auf Vorschlag von RM Herrn Dr. Strahl die Beschlussvorlage in die nächste Sitzung des Gesundheitsausschusses.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5.3 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz  
3284/2013**

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt,

Frau Schulamtsdirektorin Magna Becker für das Schulamt für die Stadt Köln zum Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz

und

Frau Claudia Warter-Neuhann, Fachberaterin Gesundheit im Schulamt für die Stadt Köln, zum stellvertretenden Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz

zu berufen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5.4 Unterstützung der "Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland"  
3333/2013**

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach weist darauf hin, dass das Palliativnet Köln in einer der Sitzungen des Gesundheitsausschusses seine Arbeit ausführlich dargestellt hat. Mit dieser Vorlage sollen diese Arbeit und die Umsetzung erforderlicher Maßnahmen unterstützt werden.

SE Herr Dr. Theisohn teilt mit, dass die Seniorenvertretung diese Charta unterstütze. Er informiert darüber, dass im Stadtbezirk Kalk relativ enge Verbindungen zu dem SAPV (Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung) aufgebaut wurden. Die Landes seniorenvertretung habe eine Kampagne begonnen, in der es um die Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung geht. Hier werde am 19.11.2013 ein erster Termin bei der Kassenärztlichen Vereinigung stattfinden. Weiterhin weist er darauf hin, dass die Umsetzung dieser Charta nicht zum Nulltarif zu haben sei, da die Kommune eine Verantwortung für die Verbesserung der Vernetzung übernehme. Zusätzlich informiert er noch darüber, dass der Gemeinsame Bundesausschuss beschlossen habe, dass die Hospizzeit und der Aufenthalt auf den Palliativstationen dem DRG (Diagnosis Related Groups) und somit den Fallpauschalen unterliegt. Dieses führe zur Reduzierung der Verweilzeiten und er hält es für notwendig, dass die Stadt hier ihre Möglichkeiten ausschöpft, damit dieser Beschluss nicht zum Tragen komme.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bedankt sich für die Anregung.

**Beschluss:**

Die Stadt Köln unterstützt die „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland“, initiiert von der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin, dem Deutschen Hospiz- und Palliativverband und der Bundesärztekammer. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung der in der Charta geforderten Grund-



sätze zu verfolgen. Der Rat wird sich im Rahmen der ihm gegebenen Möglichkeiten für die Umsetzung der Charta einsetzen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **6 Mitteilungen**

### **6.1 Mündliche Mitteilung der Verwaltung zur Informationsveranstaltung "Zuwanderung aus Südosteuropa" am 04.11.2013**

Auf Bitten der Ausschussvorsitzenden RM Frau Schmerbach berichtet Frau Beigeordnete Reker über die Informationsveranstaltung „Zuwanderung aus Südosteuropa“ vom 04.11.2013, zu der Interessierte aus Politik und Freier Wohlfahrtspflege namentlich eingeladen waren.

Es wurde vor einer sehr interessierten Zuhörerschaft ein umfangreicher Folienvortrag gehalten.

Inhaltlich wurde dort dargestellt, an welchen Stellen der Stadt Herausforderungen durch Zuwanderung aus den neuen EU-Beitrittsländern bereits bestehen und wie ihnen dort begegnet werde.

Frau Beigeordnete Reker konnte aus dieser Veranstaltung für sich als Verwaltung das Fazit ziehen, dass zur Erfüllung aller Bedarfe sowohl im Pflichtbereich als auch bei freiwilligen Leistungen nicht genügend Ressourcen vorhanden seien. Dem konkreten Bedarf könne nur mit den aktuell vorhandenen Mitteln begegnet werden.

Für viele Teilnehmer der Informationsveranstaltung sei es überraschend gewesen, dass der Bedarf an Sozialleistungen relativ gering sei. Dieses sei sowohl in der genauen Prüfung der Ansprüche als auch in der noch nicht vollständig bestehenden Freizügigkeit begründet.

Zusammenfassend konnte keine Prognose zur Entwicklung der Zahlen nach der vollständigen Freizügigkeit ab dem 01.01.2014 abgegeben werden. Noch müsse von der Fortsetzung der bisherigen Zuzugsentwicklung ausgegangen werden. Gerade bei den zuwandernden Kindern mit Kindergarten- und Schulbedarf werde das zuständige Dezernat von Frau Dr. Klein vor große Herausforderungen gestellt.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bittet darum, den Folienvortrags der Niederschrift beizufügen und das Thema speziell mit Fragen zum Gesundheitsbereich auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Hier könne dann auch die beantragte Finanzierung über Mittel des Europäischen Sozialfonds / Landesmittel thematisiert werden.

Dies wird von der Verwaltung zugesagt.

RM Herr Paetzold dankt für die informative Veranstaltung am Vortag und bittet darum, den Folienvortrag auch den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

RM Frau Gärtner bittet darum, die Wohlfahrtspflege in Person von Herrn Krücker (Caritasverband für die Stadt Köln) zu bitten, eine kurze schriftliche Zusammenfassung seines Statements zu erstellen, damit auch dieses allen zur Verfügung gestellt werden kann.

Frau Beigeordnete Reker sagt zu, Herrn Krücker darum zu bitten.

## **6.2 Überprüfung der städtischen Mitgliedschaften 3182/2013**

RM Frau Houben fragt nach, aus welchem Grund der Jahresbeitrag für das Gesunde Städte-Netzwerk im Jahr 2011 500,- € und im Jahr 2012 1.500,- € beträgt.

Frau Dr. Bunte erläutert, dass die Stadt Münster, die zurzeit die Geschäftsstelle für das Gesunde Städte-Netzwerk vorhalte, die anfallenden Kosten neu - nach den Einwohnerzahlen - aufgeteilt habe. Dadurch hat sich für Köln als eine der größten Städte der Mitgliedsbeitrag erhöht.

## **6.3 Angebote der Winterhilfe durch das Amt für Soziales und Senioren 2013/2014 3410/2013**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage verteilte Mitteilung zur Kenntnis.

RM Herr Peil begrüßt, dass mehr Plätze geschaffen und damit die Versorgung für die Menschen, die auf die Winterhilfe angewiesen sind, besser gesichert sei.

## **7 Mündliche Anfragen**

SE Frau Röhrig fragt nach der noch ausstehenden Beantwortung der Anfrage zu Tuberkulose-Stationen in Kölner Krankenhäusern (TOP 7.1 der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 09.07.2013).

Frau Dr. Bunte weist auf die nicht besetzte Arztstelle in diesem Bereich hin. Die dort in Teilzeit tätige Ärztin ist stark in die tägliche Arbeit eingebunden. Durch die zunehmende Zahl von unversicherten Personen in diesem Jahr ist auch ein deutlich höherer Arbeitsaufwand entstanden. Sie bittet hier um Verständnis, dass die Antwort zu einem späteren Zeitpunkt nachgeliefert werde.

SE Frau Röhrig äußert Verständnis für die Situation.

Schmerbach  
Ausschussvorsitzende

Kaune  
Schriftführer